

Richtlinien zur MFI-Zinsstatistik gültig ab Meldemonat Juni 2010

I. Gegenstand der Erhebung und Begriffsbestimmungen

Gegenstand der Erhebung sind die von inländischen Banken (MFIs) in Deutschland angewandten Zinssätze für **auf Euro** lautende Einlagen und Kredite¹ gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Die zinsstatistischen Daten werden für die Bestände und das Neugeschäft für die in den **Berichtsschemata ZA und ZB** festgelegten Instrumentenkategorien erhoben.

Zu den **privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften** zählen alle nichtfinanziellen Sektoren außer öffentliche Haushalte (Staat) im Sinne des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995.² Im Einzelnen werden für die **privaten Haushalte** im Sinne dieser Statistik die ESVG-Sektoren „Private Haushalte“ (S.14) und „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“ (S.15) zusammengefasst, während die **nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften** dem ESVG-Sektor S.11 entsprechen.

Der ESVG-Sektor **Private Haushalte** ist identisch mit der Abgrenzung der **Privatpersonen** in der monatlichen Bilanzstatistik und beinhaltet unter anderem wirtschaftlich selbständige Privatpersonen³. Private Organisationen ohne Erwerbszweck umfassen laut ESVG 1995 „Organisationen ohne Erwerbszweck mit eigener Rechtspersönlichkeit, die als private sonstige Nichtmarktproduzenten privaten Haushalten dienen. Ihre Hauptmittel stammen, von etwaigen Verkaufserlösen abgesehen, aus freiwilligen Geld- oder Sachbeiträgen, die private Haushalte in ihrer Eigenschaft als Konsumenten leisten, aus Zahlungen des Staates⁴ sowie aus Vermögenseinkommen.“ Darunter sind beispielsweise Kirchen, politische Parteien, Fachverbände und wissenschaftliche Gesellschaften, Sport- und Freizeitvereine, Gewerkschaften oder Wohlfahrtsverbände zu verstehen. Zu den **nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften** zählen gemäß ESVG 1995 alle Unternehmen (einschließlich Personengesellschaften) außer Banken, Versicherungsunternehmen und sonstigen Finanzierungsinstitutionen; in der monatlichen Bilanzstatistik werden sie als **sonstige Unternehmen** bezeichnet.

Unternehmen siehe Allgemeine Richtlinien zur Monatlichen Bilanzstatistik Ziffer 20

¹ Generell sind auch unverzinsten Einlagen und Kredite meldepflichtig, sofern sie den Definitionen dieser Richtlinie entsprechen.

² Enthalten im Anhang A der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25.06.1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (ABl. L 310 vom 30.11.1996, S. 1).

³ In der Verordnung EZB/2009/7 auch (entsprechend dem Abschnitt 2.76d ESVG 1995) Einzelunternehmer und Personengesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit genannt. Siehe dazu auch Statistische Sonderveröffentlichung 1, Kundensystematik, II. 2. a) Wirtschaftlich selbständige Privatpersonen (einschließlich Einzelfirmen).

⁴ Vom Staat finanzierte und kontrollierte Organisationen ohne Erwerbszweck werden jedoch gemäß ESVG 1995 dem Sektor „Staat“ zugerechnet (vgl. ESVG 1995 S. 34).

II. Erläuterungen zum Berichtssystem

1. Art des zu meldenden Zinssatzes

a) Annualisierter vereinbarter Jahreszinssatz und eng definierter Effektivzinssatz

Für die Positionen 01 bis 14 des Meldeschemas ZA sowie für die Positionen 01 bis 23 sowie 32 bis 85 des Schemas ZB sind jeweils entweder der **annualisierte vereinbarte Jahreszinssatz (AVJ)** oder der **eng definierte Effektivzinssatz (NDER)** zu melden. Die beiden Berechnungsmethoden unterscheiden sich lediglich in der zu Grunde liegenden Methode zur Annualisierung der Zinszahlungen. Während der annualisierte vereinbarte Jahreszinssatz auf einer Formel basiert, die nur auf Einlagen und Kredite mit regelmäßiger Kapitalisierung der Zinszahlungen angewendet werden kann, wird der eng definierte Effektivzinssatz iterativ ermittelt und ist daher für alle Arten von Einlagen und Krediten verwendbar.

Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche **Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite**, jedoch **keine sonstigen, mit dem Kredit verbundenen Kosten** wie zum Beispiel Kosten für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. Wurde ein **Disagio** vereinbart, so ist dieses als Zinszahlung zu Vertragsbeginn (zum Zeitpunkt t_0) zu behandeln. Unter einem Disagio ist die Differenz zwischen dem Nominalbetrag des Kredits und dem Betrag, der an den Kunden ausgezahlt wird, zu verstehen. Ein Agio, als Gegenstück zum Disagio, ist in der Zinsstatistik ebenfalls zu berücksichtigen. Kreditprovisionen für nicht beanspruchte Kontokorrent-Kreditlinien sowie Bereitstellungsprovisionen für gewährte, aber noch nicht in Anspruch genommene Kreditlinien im Darlehensbereich sind nicht in die Berechnung des annualisierten vereinbarten Jahreszinssatzes bzw. des eng definierten Effektivzinssatzes einzubeziehen.

Grundsätzlich gilt, dass die im annualisierten vereinbarten Jahreszinssatz beziehungsweise im eng definierten Effektivzinssatz erfassten Zinszahlungen die Konditionen des Berichtspflichtigen für Einlagen und Kredite widerspiegeln sollen. Differiert die Höhe dessen, was eine Vertragspartei zahlt und eine andere erhält, so ist die Sicht des Berichtspflichtigen maßgeblich. Entsprechend diesem Grundsatz sind die **Zinssätze auf Bruttobasis vor Steuern** zu erfassen, da der Vor-Steuer-Zinssatz widerspiegelt, was der Berichtspflichtige auf Einlagen bezahlt und für Kredite erhält. Darüber hinaus dürfen an private Haushalte oder nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften gewährte **Subventionen von Dritten** bei der Ermittlung der Zinszahlungen nicht berücksichtigt werden, da der Berichtspflichtige diese nicht bezahlt oder erhält. Verlangt ein Berichtspflichtiger beispielsweise 10 % Zinsen p. a. für einen Kredit, wobei nur 6 % p. a. vom kreditnehmenden Kunden bezahlt werden und 4 % p. a. als Subvention von einem Dritten gezahlt werden, sind die 10 % Zinsen p. a. in der Zinsstatistik auszuweisen. Dies ist unabhängig davon, ob der Subventionsgeber seine Zahlung direkt an den Kunden gibt oder über den Berichtspflichtigen an den Kunden leitet. In der Zinsstatistik wird somit diejenige Zinskomponente erhoben, die das meldepflichtige Institut als Zinssatz erhebt und nicht der Teil, der vom Kreditkunden an den Berichtspflichtigen gezahlt wird. Dementsprechend ist zum Beispiel bei einer Bauspareinlage die staatliche Prämie nicht in die Berechnung des Zinssatzes einzubeziehen.

Vorzugszinssätze, die Berichtspflichtige ihren Mitarbeitern gewähren, sind in der Zinsstatistik zu berücksichtigen. Liegen gesetzliche Bestimmungen wie zum Beispiel Zinsobergrenzen oder Verzinsungsverbote vor, müssen sich diese in der Zinsstatistik widerspiegeln. Daher sind sämtliche Zinssatzänderungen infolge veränderter gesetzlicher Regelungen in die Berechnungen einzubeziehen.

Bei der Ermittlung des annualisierten vereinbarten Jahreszinssatzes beziehungsweise des eng definierten Effektivzinssatzes ist ein **Standardjahr von 365 Tagen** zu Grunde zu legen. Der Effekt eines zusätzlichen Tages in einem Schaltjahr ist außer Acht zu lassen. Die Zinssätze sind jeweils mit **mindestens zwei** und **höchstens vier Dezimalstellen** anzugeben.

Annualisierter vereinbarter Jahreszinssatz

Beim **annualisierten vereinbarten Jahreszinssatz** handelt es sich um den zwischen dem Berichtspflichtigen und dem privaten Haushalt oder der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaft vereinbarten, auf Jahresbasis umgerechneten und in Prozent pro Jahr angegebenen Zinssatz für eine Einlage oder einen Kredit. Bei einer unterjährigen Verzinsung ist der vereinbarte Zinssatz mit Hilfe folgender Formel⁵ zur Ermittlung des annualisierten vereinbarten Jahreszinssatzes auf das Jahr umzurechnen:

$$x = \left(1 + \frac{r_{ag}}{n} \right)^n - 1,$$

wobei unter

x der annualisierte vereinbarte Jahreszinssatz,

r_{ag} der zwischen dem Berichtspflichtigen und dem privaten Haushalt oder der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaft für eine Einlage oder einen Kredit vereinbarte jährliche Zinssatz, bei dem die Zinskapitalisierung für die Einlage und sämtliche Zahlungen und Rückzahlungen in Bezug auf den Kredit in regelmäßigen Abständen innerhalb eines Jahres erfolgen und

n die Anzahl der Zinskapitalisierungszeiträume für die Einlage und (Rück-)Zahlungsperioden für den Kredit pro Jahr (das heißt „1“ für jährliche, „2“ für halbjährliche, „4“ für vierteljährliche und „12“ für monatliche Zahlungen),

zu verstehen ist.

In den Fällen, in denen die Frequenz von Tilgung und Zinszahlung nicht übereinstimmen, ist für die Berechnung des annualisierten vereinbarten Jahreszinssatzes die Frequenz der Zinskapitalisierungen relevant.

Beispiel 1: Berechnung des annualisierten vereinbarten Jahreszinssatzes

1.1 Für einen Kredit über 10 000 € mit einer Laufzeit von 5 Jahren wird ein Zinssatz von 10 % vereinbart. Die Zinsen werden vierteljährlich kapitalisiert. Damit ergibt sich ein annualisierter vereinbarter Jahreszinssatz von

$$x = \left(1 + \frac{0,1}{4} \right)^4 - 1 = 0,10381289 = 10,3813\%.$$

1.2 Für einen Kredit mit einer Laufzeit von 5 Jahren wird ein Zinssatz von 10 % vereinbart. Die Zinsen werden jährlich bezahlt. Es ergibt sich ein annualisierter vereinbarter Jahreszinssatz von 0,1 beziehungsweise 10 %.

⁵ Es ist zu beachten, dass die folgende Formel in der Verordnung der EZB (EZB/2009/7, S. 78) fehlerhaft ist. Meldepflichtige Institute haben den annualisierten vereinbarten Jahreszinssatz nach der hier in den Richtlinien der Deutschen Bundesbank angegebenen Formel zu berechnen.

- 1.3 Für einen Kredit mit einer Laufzeit von 5 Jahren wird ein Zinssatz von 10 % vereinbart. Die Zinsen werden nur am Ende der Laufzeit nach 5 Jahren kapitalisiert. Es ergibt sich ein annualisierter vereinbarter Jahreszinssatz von

$$x = \left(1 + \frac{0,1}{\frac{1}{5}} \right)^{\frac{1}{5}} - 1 = 0,084471771 = 8,4472\%.$$

- 1.4 Für einen Kredit über 10 000 € mit einer Laufzeit von 5 Jahren wird ein Zinssatz von 10 % vereinbart. Die Zinsen werden vierteljährlich kapitalisiert. Der Kreditbetrag wird abzüglich eines Disagios von 2 % ausbezahlt. Es ergibt sich ein annualisierter vereinbarter Jahreszinssatz von

$$x = \frac{\left(1 + \frac{r_{ag} + \frac{Disagio}{Laufzeit}}{n} \right)^n - 1}{1 - Disagio} = \frac{\left(1 + \frac{0,1 + \frac{0,02}{5}}{4} \right)^4 - 1}{1 - 0,02} = \frac{0,108126761}{0,98} = 0,110333429 = 11,0333\%.$$

Eng definierter Effektivzinssatz

Der **eng definierte Effektivzinssatz** ist der Zinssatz, der auf Jahresbasis die Gleichheit zwischen den Gegenwartswerten der gesamten gegenwärtigen oder künftigen Verpflichtungen (Einlagen oder Kredite, Ein- oder Tilgungszahlungen, Zinszahlungen) herstellt, die zwischen dem Berichtspflichtigen und dem privaten Haushalt oder der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaft vereinbart wurden. Er entspricht der Zinskomponente des effektiven Jahreszinssatzes im Sinne der Definition in Artikel 3 Buchstabe i der Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates.⁶ Die Formel für den eng definierten Effektivzinssatz ist im folgenden Beispiel dargestellt.

Beispiel 2: Berechnung des eng definierten Effektivzinssatzes

Für einen Kredit über 10 000 € mit einer Laufzeit von 5 Jahren wird ein Zinssatz von 10 % vereinbart. Die Zinsen werden vierteljährlich kapitalisiert.

Dem eng definierten Effektivzinssatz liegt folgende Formel zu Grunde:

$$K = \sum_{n=1}^N (CF_n \cdot DF_n) = \sum_{n=1}^N \left(CF_n \cdot \left(\frac{1}{1+i} \right)^{\frac{D_n}{365}} \right)$$

⁶ ABl. L 133 vom 22. Mai 2008, S 66.

wobei unter

K der Kreditbetrag,

N die Gesamtzahl der Zahlungen,

CF_n die n -te Zahlung (vom Kunden an die Bank),

DF_n der Diskontierungsfaktor der n -ten Zahlung,

i der eng definierte Effektivzinssatz (bzw. der effektive Jahreszinssatz nach PAngV) und

D_n der Zeitraum bis zur n -ten Zahlung in Tagen zu verstehen ist.

Valutierung	Zeitraum bis zur Zahlung (in Tagen) [D_n]	Zahlung vom Kunden an die Bank (in €) [CF_n]	Diskontierungsfaktor für die Zahlung vom Kunden an die Bank $1/(1+i)^{(D_n/365)}$ [DF_n]	Gegenwert der Zahlungen an die Bank (in €) $CF_n \cdot DF_n$
14.02.01	91,25	250	0,975610	243,90
14.05.01	182,50	250	0,951814	237,95
14.08.01	273,75	250	0,928599	232,15
14.11.01	365,00	250	0,905951	226,49
14.02.02	456,25	250	0,883854	220,96
14.05.02	547,50	250	0,862297	215,57
14.08.02	638,75	250	0,841265	210,32
14.11.02	730,00	250	0,820746	205,19
14.02.03	821,25	250	0,800728	200,18
14.05.03	912,50	250	0,781198	195,30
14.08.03	1 003,75	250	0,762145	190,54
14.11.03	1 095,00	250	0,743556	185,89
14.02.04	1 186,25	250	0,725420	181,36
14.05.04	1 277,50	250	0,707727	176,93
14.08.04	1 368,75	250	0,690465	172,62
14.11.04	1 460,00	250	0,673625	168,41
14.02.05	1 551,25	250	0,657195	164,30
14.05.05	1 642,50	250	0,641166	160,29
14.08.05	1 733,75	250	0,625527	156,38
14.11.05	1 825,00	10.250	0,610271	6 255,27
				Σ 10 000,00

Es ergibt sich ein eng definierter Effektivzinssatz von 0,103813 bzw. 10,3813 %.

Hinweis: Ein Vergleich von Beispiel 1.1 und Beispiel 2 zeigt, dass im Fall von Einlagen und Krediten mit regelmäßiger Kapitalisierung der Zinszahlungen der eng definierte Effektivzinssatz identisch mit dem annualisierten vereinbarten Zinssatz ist.

b) Effektiver Jahreszinssatz gemäß Artikel 3 Buchstabe g der Richtlinie 2008/48/EG (APRC)

Für die Positionen 30 und 31 des Meldeschemas ZB ist der effektive Jahreszinssatz gemäß Artikel 3 Buchstabe g der Richtlinie 2008/48/EG zu melden. Der **effektive Jahreszinssatz (APRC)** umfasst die „**Gesamtkosten des Kredits für den Verbraucher**“. Diese Gesamtkosten setzen sich zusammen aus einer Zinskomponente (die identisch ist mit dem eng definierten Effektivzinssatz) und einer Komponente für sonstige kreditbezogene Kosten wie zum Beispiel Kosten für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. In die Berechnung des effektiven Jahreszinssatzes (APRC) sind Bereitstellungsprovisionen **nicht** einzubeziehen, da zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses (Zeitpunkt t_0) nicht bekannt ist, ob diese Provisionen überhaupt anfallen.

In die Berechnung des Zinssatzes für die Gesamtposition „Konsumentenkredite an private Haushalte“ (Position 30 des Schemas ZB) gehen dabei alle Neugeschäfte der Positionen 13 bis 15 des Schemas ZB ein. Für die Ermittlung des Meldewertes für die Gesamtposition „Wohnungsbaukredite an private Haushalte“ (Position 31 des Schemas ZB) werden hingegen alle Geschäftsvorgänge der Positionen 16 bis 19 des Schemas ZB verwendet.

2. Geschäftsumfang

a) Zinssätze für die Bestände

Bestände sind definiert als Gesamtbestand der auf Euro lautenden Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Für diese **zeitpunktbezogene Erhebung** melden die Berichtspflichtigen für jede Meldeposition des Schemas ZA einen volumengewichteten Durchschnittszinssatz für den letzten Tag des Monats. Er erstreckt sich auf alle am Meldestichtag bestehenden Verträge. **Not leidende Kredite**⁷ sowie Kredite zur Umschuldung zu unter den Marktkonditionen liegenden Zinssätzen, d. h. Umschuldungen in Bezug auf finanziell Not leidende Schuldner, sind nicht in die Berechnung der gewichteten Durchschnittszinssätze für die Bestände einzubeziehen.

b) Zinssätze und Volumina für das Neugeschäft: täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist, echte Kreditkartenkredite sowie revolvingende Kredite und Überziehungskredite

Aus Gründen der Praktikabilität wird für täglich fällige Einlagen (Positionen 01 und 07 des Schemas ZB), Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist (Positionen 05 und 06 des Schemas ZB), echte Kreditkartenkredite (Positionen 32 und 36 des Schemas ZB) sowie revolvingende Kredite und Überziehungskredite (Positionen 12 und 23 des Schemas ZB) nicht das Neugeschäft im eigentlichen Sinne ausgewiesen, sondern der Bestand zum Monatsende erfasst. Das bedeutet, dass für die Erstellung der Meldedaten für diese Instrumentenkategorien der **Sollbeziehungsweise Habensaldo des Gesamtbestands zum Monatsende** heranzuziehen ist.

⁷ Aus Konsistenz- und Vereinfachungsgründen kann die Definition entsprechend der Liquiditätsverordnung (Forderungen, auf die Einzelwertberichtigungen gebildet worden sind, wenn aktuelle Leistungsstörungen vorliegen) gewählt werden.

Die für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist, echte Kreditkartenkredite sowie revolvingende Kredite und Überziehungskredite zu meldenden Zinssätze bilden das für den Gesamtbestand auf diesen Konten **geltende volumengewichtete Durchschnittszinsniveau zum Monatsende** ab. Sie erstrecken sich auf alle am Meldestichtag bestehenden Verträge.

Zur Berechnung der Zinssätze für Konten, die je nach Saldo eine Einlage oder einen Kredit ausweisen, ist zwischen Monatsenden mit Habensaldo und Monatsenden mit Sollsaldo zu unterscheiden. So sind die Zinssätze für **Habensalden** als **täglich fällige Einlagen** beziehungsweise die Zinssätze für **Sollsaldo** als **Überziehungskredite** zu melden.

Kreditkartenkredite, revolvingende Kredite siehe Vorläufige Erläuterungen zur Neufassung der EZB-Verordnungen zur monatlichen Bilanzstatistik, zur MFI-Zinsstatistik und zum Auslandsstatus der Banken (MFIs)⁸

c) Zinssätze und Volumina für das Neugeschäft: Einlagen mit vereinbarter Laufzeit, Repogeschäfte und sämtliche Kredite außer echten Kreditkartenkrediten sowie revolvingenden Krediten und Überziehungskrediten

Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit (Positionen 02 bis 04, 08 bis 10 des Schemas ZB), Repogeschäfte (Position 11 des Schemas ZB) und sämtliche Kredite außer echten Kreditkartenkrediten sowie revolvingenden Krediten und Überziehungskrediten (Positionen 13 bis 22, 30 und 31, 33 bis 35 sowie 37 bis 85 des Schemas ZB) wird das **Neugeschäft** definiert als alle im Berichtszeitraum zwischen dem privaten Haushalt oder der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaft und dem Berichtspflichtigen **neu getroffenen Vereinbarungen**. Unter Neuvereinbarungen fallen:

- Alle (Finanz-)Verträge, Bedingungen und Modalitäten, die erstmals den Zinssatz einer Einlage oder eines Kredits festlegen, und
- alle neu verhandelten Vereinbarungen in Bezug auf bestehende Einlagen und Kredite.

Modifikationen des Kredit- oder Einlagebetrages, die nicht bereits bei Vertragsbeginn vorgesehen waren, sondern eine Folge von Neuverhandlungen sind, werden nur mit dem Aufstockungsbetrag als Neugeschäft ausgewiesen. Eine Reduzierung hingegen ist nicht als negatives Neugeschäft zu melden.

Keine neuen Vereinbarungen liegen in den folgenden Fällen vor, das heißt, sie sind nicht in den Zinssätzen und Volumina für das Neugeschäft, sondern **nur in den Zinssätzen für die Bestände** zu berücksichtigen:

- Prolongationen bestehender Einlagen- und Kreditverträge, die automatisch erfolgen, das heißt ohne aktive Mitwirkung des privaten Haushalts oder der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaft und keine Neuverhandlung der Bedingungen und Modalitäten des Vertrags (einschließlich des Zinssatzes) erfordern. „Ohne aktive Mitwirkung des Kunden“ bedeutet, dass die Zinsanpassung **automatisch** nach einer im Kreditvertrag vereinbarten Regel erfolgt, **ohne** dass der Kunde **Einfluss** nehmen kann. „Unter aktiver Mitwirkung“ ist auch konkludentes Handeln zu verstehen.
- Änderungen der variablen Zinssätze auf Grund von (vorab vereinbarten) automatischen Zinsanpassungen durch den Berichtspflichtigen.

⁸ Siehe dazu http://www.bundesbank.de/meldewesen/mw_bankenstatistik_ezbverordnung.php.

– Ein Wechsel von einem festen zu einem variablen Zinssatz oder umgekehrt, der bereits zu Beginn des Vertrags (zum Zeitpunkt t_0) vereinbart worden war.

– Angekaufte Kredit- und Leasingforderungen, sofern es nicht zu Neuverhandlungen mit den Schuldern der übernommenen Forderung kam.

Werden im Rahmen einer Neuverhandlung nur die Sicherheiten eines Darlehens geändert und hat diese Änderung keine Auswirkungen auf die Zinssätze oder die Darlehenshöhe, ist diese Änderung nicht als Neugeschäft zu interpretieren.

Prolongationen, die bei Vertragsabschluss (t_0) nicht vereinbart waren und für einen Zeitpunkt in der Zukunft (t_2) zu den dann gültigen Standardkonditionen abgeschlossen werden, sind im Neugeschäft zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der Prolongation (t_1) mit den zu diesem Zeitpunkt gültigen Standardkonditionen auszuweisen. Die tatsächlich gewährten Standardkonditionen fließen nur über die Bestände in die Meldung ein.

Darlehen, bei denen der Kunde bis zum Ablauf der Prolongationsfrist kein Zinsangebot angenommen hat und die daher auf Schwebezins umgestellt wurden, sind in den Beständen (Melde-schema ZA) mit dem Schwebezinssatz zu erfassen; es liegt **kein** Neugeschäft vor.

Im Rahmen einer Fusion zwischen Kreditinstituten sind die Altbestände des Fusionspartners nur in den Beständen auszuweisen und stellen kein Neugeschäft im Sinne der Zinsstatistik dar, sofern es nicht zu Neuverhandlungen mit den Kunden des übernommenen Instituts kam.

Wird ein **Kredit** (bei dem es sich nicht um einen Kreditkartenkredit, einen revolvingenden Kredit oder einen Überziehungskredit handelt) zu Beginn des Vertrags nicht in voller Höhe in Anspruch genommen, sondern zu unterschiedlichen Zeitpunkten (t_0, t_1, \dots, t_n) **in Tranchen** ausbezahlt, so ist dieser Kredit zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses ein **einziges Mal mit dem gesamten Kreditbetrag als Neugeschäft** zu erfassen. In den Beständen sind die einzelnen Tranchen jeweils in den Monaten, in denen sie ausbezahlt werden, zu berücksichtigen.

Für das Neugeschäft sind **volumengewichtete Durchschnittszinssätze über alle** im Laufe des Berichtsmonats **abgeschlossenen Neuvereinbarungen** für Einlagen und Kredite zu melden. Für die Positionen 02 bis 04, 08 bis 11, 13 bis 22, 33 bis 35 und 37 bis 85 des Schemas ZB ist neben dem Zinssatz auch das Neugeschäftsvolumen zu melden.

Repogeschäfte siehe Vorläufige Erläuterungen zur Neufassung der EZB-Verordnungen

Beispiel 3: Ermittlung der Meldepositionen für das Neugeschäft und die Bestände

Im Berichtsmonat wurden bei einem Meldepflichtigen für die Instrumentenkategorie „Kredite in Euro / an private Haushalte / Konsumentenkredite / mit einer Ursprungslaufzeit beziehungsweise anfänglichen Zinsbindungsfrist von über 1 Jahr bis 5 Jahren“ folgende Kredite neu abgeschlossen:

– Kredit 1 über 10 000 € zu einem Zinssatz von 5,25 %.

– Kredit 2 über 20 000 € zu einem Zinssatz von 5,00 %. Die erste Tranche über 5 000 € wurde sofort ausbezahlt.

Die Zinsen sind jährlich zu bezahlen.

Es sind folgende Positionen für den Berichtsmonat zu melden:

Neugeschäft (Position 14 des Schemas ZB)		Bestände (Position 10 des Schemas ZA)
Volumengewichteter Zinssatz	Volumen	Volumengewichteter Zinssatz
$\frac{(5,25 \cdot 10000 + 5,0 \cdot 20000)}{30000} = 5,0833\%$	30000 €	$\frac{(5,25 \cdot 10000 + 5,0 \cdot 5000)}{15000} = 5,1667\%$

3. Bezugszeitpunkt

a) Bezugszeitpunkt für Zinssätze für die Bestände

Die Zinssätze für die Bestände (Positionen 01 bis 14 des Meldeschemas ZA) sind **zeitpunktbezogen am Ende der Periode** zu erheben. Die zu meldenden Zinssätze sind als volumengewichtete Durchschnitte der für den Gesamtbestand an Einlagen und Krediten geltenden Zinssätze zum Buchungsschluss am letzten Tag des Monats zu berechnen. Zu diesem Zeitpunkt hat der Berichtspflichtige die entsprechenden Zinssätze und Volumina für alle ausstehenden Einlagen und Kredite gegenüber privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zu ermitteln und für jede Instrumentenkategorie einen gewichteten Durchschnittszinssatz zu errechnen. Die Zinssätze für die Bestände umfassen nur die zum Zeitpunkt der Datenerhebung bestehenden Verträge.

b) Bezugszeitpunkt für Zinssätze und Volumina für das Neugeschäft: täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist, echte Kreditkartenkredite sowie revolvingkredite und Überziehungskredite

Die Zinssätze für das Neugeschäft für täglich fällige Einlagen (Positionen 01 und 07 des Schemas ZB), Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist (Positionen 05 und 06 des Schemas ZB), echte Kreditkartenkredite (Positionen 32 und 36 des Schemas ZB) sowie revolvingkredite und Überziehungskredite (Positionen 12 und 23 des Schemas ZB) sind **zeitpunktbezogen am Ende der Periode** zu erheben.

Die zu meldenden Zinssätze sind als volumengewichtete Durchschnitte der für den Gesamtbestand an Einlagen und Krediten geltenden Zinssätze der genannten Instrumentenkategorien zum Buchungsschluss am letzten Tag des Monats zu berechnen. Zu diesem Zeitpunkt sind die entsprechenden Zinssätze und Volumina für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist, echte Kreditkartenkredite sowie revolvingkredite und Überziehungskredite gegenüber privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zu ermitteln und für jede Instrumentenkategorie ein gewichteter Durchschnittszinssatz zu errechnen. Die Zinssätze und Volumina umfassen nur die zum Zeitpunkt der Datenerhebung bestehenden Verträge.

Bei Konten, die je nach Saldo eine Einlage oder einen Kredit ausweisen, ist zwischen Monaten mit Sollsaldo und Monaten mit Habensaldo zu unterscheiden. Dabei ist nur der Saldo zum Buchungsschluss am letzten Tag des Monats dafür maßgeblich, ob das Konto in diesem Monat der Instrumentenkategorie täglich fällige Einlagen oder Überziehungskredite zuzuordnen ist.

c) Bezugszeitraum für Zinssätze und Volumina für das Neugeschäft: Einlagen mit vereinbarter Laufzeit, Repogeschäfte und sämtliche Kredite außer echten Kreditkartenkrediten sowie revolvingenden Krediten und Überziehungskrediten

Die Zinssätze für das Neugeschäft für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit (Positionen 02 bis 04, 08 bis 10 des Schemas ZB), Repogeschäfte (Position 11 des Schemas ZB) und sämtliche Kredite außer Kreditkartenkrediten sowie revolvingenden Krediten und Überziehungskrediten (Positionen 13 bis 22, 33 bis 35 und 37 bis 85 des Schemas ZB) sind als Durchschnittswerte für den gesamten Berichtsmonat zu ermitteln.

Für jede dieser Instrumentenkategorien ist der zu meldende Zinssatz als volumengewichteter Durchschnitt der Zinssätze der einzelnen Neugeschäftsfälle während des Referenzmonats in der betreffenden Kategorie zu berechnen. Diese gewichteten Durchschnittzinssätze sind zusammen mit einer Gesamtgewichtung (das heißt mit dem Volumen des während des Berichtsmonats pro Instrumentenkategorie abgeschlossenen Neugeschäfts) an die Deutsche Bundesbank zu übermitteln. Die Meldung umfasst alle während des ganzen Monats abgeschlossenen Neugeschäfte. Daher sind auch Geschäfte mit einem Laufzeitbeginn und -ende innerhalb der Berichtsperiode als Neugeschäft zu melden, während diese auf Grund der Monatsendstandsbetrachtung in den Beständen nicht zu berücksichtigen sind. Bei der Neugeschäftszuordnung zu einem Berichtsmonat ist grundsätzlich das Vertragsdatum relevant.

Verträge, die unter einer aufschiebenden Bedingung im Sinne von § 158 Abs. 1 BGB stehen, z. B. noch der Zustimmung durch den Kreditausschuss bedürfen, sind erst nach Erfüllung der aufschiebenden Bedingung (Genehmigung) als Neugeschäft in der Zinsstatistik auszuweisen. Verträge, die dem Kunden zugesagt sind, aber noch der Annahme durch den Kunden bedürfen, sind erst nach Eingang des unterschriebenen Vertrages beim Berichtspflichtigen als Neugeschäft auszuweisen.

4. Instrumentenkategorien

a) Vorbemerkungen

Bei der Ermittlung der zinsstatistischen Daten für die Bestände und für das Neugeschäft sind gemäß Berichtsschema nur **auf Euro lautende Einlagen und Kredite** einzubeziehen. Hierbei sind grundsätzlich **alle Produkte** zu berücksichtigen, die einer Instrumentenkategorie zuzuordnen sind. Ausnahmen von diesem Grundsatz bilden Not leidende Kredite und Kredite zur Umschuldung zu unter den Marktkonditionen liegenden Zinssätzen; diese sind weder in die Berechnung der gewichteten Durchschnittzinssätze für die Bestände noch für das Neugeschäft einzubeziehen.⁹ Kompensationen sind entsprechend den Vorgaben zur Bilanzstatistik zu behandeln (siehe III. Allgemeine Ausweisregelungen und sonstige Erläuterungen; Kompensationen).

In der Zinsstatistik sind nur bilanzielle Geschäfte zu erfassen. Eine Ausnahme dazu stellen Forward-Geschäfte und unwiderrufliche Kreditzusagen mit Konditionenvereinbarung dar, welche im Neugeschäft der Zinsstatistik nur zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses bzw. bei einer Konditionenneuverhandlung zu berücksichtigen sind. Ab dem Zeitpunkt der Valutierung sind diese in den Beständen entsprechend ihrer Ursprungslaufzeit¹⁰ auszuweisen.

⁹ Siehe dazu Abschnitt II. Erläuterungen zum Berichtssystem, 2., a. Zinssätze für die Bestände.

¹⁰ Siehe Allgemeine Richtlinien zur Monatlichen Bilanzstatistik, II. Fristengliederung.

Grundsätzlich ist bei allen Einlagenkategorien und bei allen Kreditkategorien eine **Sektorengliederung** erforderlich. Dabei ist zwischen Meldepositionen für private Haushalte (einschließlich wirtschaftlich selbständiger Privatpersonen sowie privater Organisationen ohne Erwerbszweck) und für nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zu unterscheiden. Für die Neugeschäftskategorie „sonstige Kredite“ sind die Daten für wirtschaftlich selbständige Privatpersonen als „darunter“-Position zu den privaten Haushalten auszuweisen (Positionen 33 bis 35 des Meldeschemas ZB). **Von einer sektoralen Zuordnung** ausgenommen sind Repogeschäfte (Position 05 des Schemas ZA sowie Position 11 des Schemas ZB) und Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist (Positionen 05 und 06 des Schemas ZB). In den vorgenannten Instrumentenkategorien wird **nicht** zwischen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften differenziert.

Soweit in den nachstehenden Absätzen nichts anderes bestimmt ist, folgen die Gliederung nach der Art der Instrumente für die Zwecke der Zinsstatistik und die Definitionen der Instrumentenkategorien den in Anhang II Teil 2 der Verordnung EZB/2008/32 vom 19. Dezember 2008 über die Bilanz des Sektors der monetären Finanzinstitute (ABl. L 15 vom 20. Januar 2009, S. 14) festgelegten Aktiva- und Passivakategorien bzw. den Richtlinien zur Monatlichen Bilanzstatistik.

b) Erläuterungen zu ausgewählten Einlagenkategorien

Für Einlagen aus Repogeschäften (Position 05 des Schemas ZA sowie Position 11 des Schemas ZB) ist keine Fristengliederung vorgesehen, da sie überwiegend als sehr kurzfristig angesehen werden. Zudem werden diese Pensionsgeschäfte nicht einem Sektor zugeordnet, sondern beziehen sich ohne Differenzierung auf private Haushalte und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

Zu Repogeschäften siehe auch III. Allgemeine Ausweisregelungen und sonstige Erläuterungen; Pensionsgeschäfte, Wertpapier- und Edelmetall-Leihgeschäfte.

Täglich fällige Einlagen (Positionen 01 und 07 des Schemas ZB) umfassen **verzinsliche und unverzinsliche** täglich fällige Einlagen. Hierunter sind auch die Geldkarten-Aufladungsgegenwerte und Gegenwerte im Zusammenhang mit softwaregestütztem elektronischen Geld zu berücksichtigen. Täglich fällige Einlagen werden analog zu den Beständen zum Monatsende erfasst. Sie sind daher **nicht** in die Zinsberechnung für die Bestände an Einlagen von privaten Haushalten beziehungsweise nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften mit vereinbarter Laufzeit bis zwei Jahre (Positionen 01 und 03 des Schemas ZA) einzubeziehen.

Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist¹¹ der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften sind zusammen mit denen der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) zu erfassen. Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten zum Quartalsende sind der Laufzeitkategorie „von über 3 Monaten“ (Position 06 des Schemas ZB) zuzuordnen.

c) Erläuterungen zu den Kreditkategorien

Für die Zwecke der Zinsstatistik werden die revolvingenden Kredite wie in den Vorläufigen Erläuterungen zur Neufassung der EZB-Verordnungen definiert.

¹¹ Siehe Allgemeine Richtlinien zur Monatlichen Bilanzstatistik, II. Fristengliederung.

Überziehungskredite sind Sollsaldo auf laufenden Konten. Der Zinssatz für Überziehungskredite entspricht dem Zinssatz, der in Rechnung gestellt wird, wenn aus einem Habensaldo (täglich fällige Einlage) ein Sollsaldo (Überziehungskredit) geworden ist. Das heißt, dass die täglich fällige Einlage und der Überziehungskredit sich auf dasselbe Konto beziehen. Die Überziehungskredite haben keine feste Laufzeit¹² und werden im Allgemeinen zwar bewilligt, jedoch vom Kunden ohne vorherige Mitteilung an die Bank in Anspruch genommen. Üblicherweise legt der Berichtspflichtige eine Obergrenze für die Höhe des Überziehungskredites fest, die der private Haushalt beziehungsweise die nichtfinanzielle Kapitalgesellschaft ausnutzen kann. Es sind **sämtliche Überziehungskredite einzubeziehen**, unabhängig davon, ob diese innerhalb oder außerhalb des zwischen dem Berichtspflichtigen und dem privaten Haushalt oder der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaft vereinbarten Rahmens liegen oder nicht. Zu den Überziehungskrediten zählen also neben den eingeräumten Dispositionskrediten auch die nicht eingeräumten Überziehungen sowie die Kontokorrentkredite. Strafzahlungen auf nicht eingeräumte Überziehungen sind in die Berechnung des zu meldenden Zinssatzes nur einzubeziehen, wenn sie eine Zinskomponente darstellen. Handelt es sich bei den Strafzahlungen auf Überziehungen allerdings um eine zinssatzunabhängige Gebühr, so sind diese in die Zinsmeldung nicht einzuberechnen.

Kreditkartenkredite stellen eine eigene Kategorie dar und sind nicht in den revolvingenden Krediten und Überziehungskrediten enthalten. Der vom Kreditnehmer geschuldete Gesamtbetrag ist unabhängig davon zu melden, ob er innerhalb oder außerhalb eines im Vorhinein zwischen dem Kreditgeber und dem Kreditnehmer vereinbarten Limits in Bezug auf die Höhe und/oder die Höchstdauer des Kredits liegt.

Hinsichtlich der Zinssätze für die **Bestände** (Schema ZA) sind die revolvingenden Kredite und Überziehungskredite je nach Verwendungszweck und sektoraler Zuordnung in die Instrumentenkategorien Wohnungsbaukredite beziehungsweise Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte sowie Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften einzubeziehen. Sie sind jeweils dem Fristenfächer mit **Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr** zuzuordnen (Positionen 06, 09 und 12 des Schemas ZA). Im Gegensatz dazu ist bei den Angaben für das **Neugeschäft** (Schema ZB) für revolvingende Kredite und Überziehungskredite eine **eigene Instrumentenkategorie** vorgesehen (Positionen 12 und 23 des Schemas ZB). Sie werden daher nicht in den Fristenfächern mit anfänglicher Zinsbindung variabel oder bis 1 Jahr ausgewiesen.

Beispiel 4: Ausweis von Überziehungskrediten

Am Monatsende liegt auf dem betreffenden laufenden Konto ein Sollsaldo von 1 000 € vor. Es wird davon ausgegangen, dass dem Kunden (einem privaten Haushalt) der Kredit für Konsumzwecke gewährt wurde. Es werden ihm dafür 12 % Zinsen berechnet (bei einer jährlichen Zinskaptalisierung). Für diesen Geschäftsvorgang sind bei der Meldung an die Bundesbank folgende Daten zu berücksichtigen:

Neugeschäft (Bogen ZB)
Schema, Pos.Nr. / Zinssatz / Volumen
ZB, Pos. 12 / 12,0000 % / 1000 €

Bestände (Bogen ZA)
Schema, Pos.Nr. / Zinssatz
ZA, Pos. 09 / 12,0000 %

¹² Eine befristete Erlaubnis der Inanspruchnahme eines Überziehungskredites ist nicht als Laufzeit aufzufassen.

Für die Zwecke der Zinsstatistik haben **Kreditkartenkredite** dieselbe Bedeutung wie der Begriff „Kreditkartenforderungen“ in Anhang II Teil 2 der Verordnung EZB/2008/32 bzw. in den Vorläufigen Erläuterungen zur Neufassung der EZB-Verordnungen.

Im Neugeschäft sind nur die Zinssätze in Bezug auf **echte Kreditkartenkredite** zu melden (Positionen 32 und 36 des Schemas ZB). Der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite wird nicht gesondert erhoben, da er definitionsgemäß 0 % beträgt. Allerdings gehen die ausstehenden unechten und echten Kreditkartenkredite zusammen entsprechend der Sektorengliederung in den Fristenfächer mit der kürzesten Ursprungslaufzeit in die Bestandspositionen ein (Positionen 09 und 12 des Schemas ZA). Weder echte noch unechte Kreditkartenkredite sind unter irgendeiner anderen Meldeposition für das Neugeschäft zu melden.

Als **Wohnungsbaukredite an private Haushalte** sind für die Zwecke der Zinsstatistik **alle besicherten und unbesicherten Kredite zusammen** (Positionen 06 bis 08 des Schemas ZA sowie Positionen 16 bis 19 und 31 des Schemas ZB) und **separat die ausschließlich besicherten Kredite**¹³ (Positionen 58 bis 61 des Schemas ZB) zu erfassen, **die für die Beschaffung von Wohnraum (einschließlich Wohnungsbau und -modernisierung) gewährt werden**. Bei den Angaben für das Neugeschäft ist jedoch zu beachten, dass etwaige revolvingende Kredite und Überziehungskredite separat dargestellt und nicht in die Wohnungsbaukredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung variabel oder bis 1 Jahr (Position 16 des Schemas ZB) einbezogen werden dürfen.

Konsumentenkredite an private Haushalte (Positionen 09 bis 11 des Schemas ZA sowie Positionen 13 bis 15, 30 und 55 bis 57 des Schemas ZB) sind **Kredite, die zum Zweck der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden**. Dabei werden im Neugeschäft besicherte und unbesicherte Kredite (Positionen 13 bis 15 sowie 30 des Schemas ZB) und ausschließlich besicherte Kredite (Positionen 55 bis 57 des Schemas ZB) separat erfasst.¹⁴ Unter die Konsumentenkredite fallen insbesondere Kredite an private Haushalte zur Beschaffung langlebiger Wirtschaftsgüter, wie zum Beispiel Kraftfahrzeuge, Möbel, Haushaltsgeräte, Rundfunk- und Fernsehgeräte, Computer oder Kredite zur Finanzierung von Urlaubsreisen. Bei den Zinssätzen für die Bestände (Positionen 09 bis 11 des Schemas ZA) sind Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte in einer Instrumentenkategorie zusammengefasst. Sowohl echte als auch unechte Kreditkartenkredite sowie revolvingende Kredite und Überziehungskredite sind bei den Beständen mit einer Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr (Position 09 des Schemas ZA) mit einzubeziehen. Bei den Angaben für das Neugeschäft ist jedoch zu beachten, dass echte Kreditkartenkredite sowie revolvingende Kredite und Überziehungskredite separat dargestellt werden und nicht in die Konsumentenkredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung variabel oder bis 1 Jahr (Position 13 des Schemas ZB) einbezogen werden dürfen.

Sonstige Kredite an private Haushalte (Positionen 09 bis 11 des Schemas ZA sowie Positionen 20 bis 22 und 33 bis 35 des Schemas ZB) sind Kredite an den Sektor Private Haushalte, die nicht unter die vorgenannten Kategorien fallen (zum Beispiel Kredite für Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Aus- und Weiterbildung). Echte und unechte Kreditkartenkredite sowie revolvingende Kredite und Überziehungskredite sind bei den Beständen mit einer Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr (Position 09 des Schemas ZA) mit einzubeziehen. Bei den Angaben für das Neugeschäft ist jedoch zu beachten, dass echte Kreditkartenkredite sowie revolvingende Kredite und

¹³ Siehe dazu II. Erläuterungen zum Berichtssystem, 4. f) Gliederung nach durch Sicherheiten und/oder Garantien besicherten Krediten.

¹⁴ Siehe dazu II. Erläuterungen zum Berichtssystem, 4. f) Gliederung nach durch Sicherheiten und/oder Garantien besicherten Krediten.

Überziehungskredite separat dargestellt werden und nicht in die sonstigen Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung variabel oder bis 1 Jahr (Position 20 des Schemas ZB) einbezogen werden dürfen.

Als **Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften** sind bei den Beständen (Positionen 12 bis 14 des Schemas ZA) sämtliche Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zu erfassen. Dies schließt auch die echten und unechten Kreditkartenkredite sowie revolvingenden Kredite und Überziehungskredite ein, welche in den Fristenfächer mit einer Ursprungslaufzeit bis 1 Jahr (Position 12 des Schemas ZA) einfließen. Bei den Angaben für das Neugeschäft ist jedoch zwischen echten Kreditkartenkrediten sowie revolvingenden Krediten und Überziehungskrediten (Position 23 und 36 des Schemas ZB) und sonstigen Krediten (Positionen 37 bis 54 bzw. 62 bis 85 des Schemas ZB) zu differenzieren. Dabei werden besicherte und unbesicherte Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zusammen (Positionen 37 bis 54, 80, 82 und 84 des Schemas ZB) und ausschließlich besicherte Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Positionen 62 bis 79, 81, 83 und 85) separat voneinander erfasst.

d) Gliederung nach Betragskategorien

Bei den Krediten an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften (Positionen 37 bis 54 und 62 bis 85 des Schemas ZB) werden drei Betragskategorien unterschieden: Beträge „bis 0,25 Mio €“, Beträge „von über 0,25 Mio € bis 1 Mio €“ und Beträge „von über 1 Mio €“. Der Betrag bezieht sich dabei jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

e) Gliederung nach Ursprungslaufzeit, Kündigungsfrist oder anfänglicher Zinsbindung

Je nach Art des Instruments und ob der Zinssatz sich auf die Bestände oder das Neugeschäft bezieht, ist in der Zinsstatistik – mit Ausnahme der Repogeschäfte – eine Gliederung nach Ursprungslaufzeit, Kündigungsfrist oder anfänglicher Zinsbindung vorgesehen. Diesen Gliederungen liegen Zeitbänder oder Zeitspannen zu Grunde. So bezieht sich beispielsweise ein Zinssatz auf eine Einlage mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu zwei Jahren (Position 01 oder 03 des Schemas ZA) auf einen volumengewichteten Durchschnittszinssatz für sämtliche Einlagen mit einer vereinbarten Ursprungslaufzeit von zwischen zwei Tagen und höchstens zwei Jahren (siehe auch 4.b Erläuterungen zu ausgewählten Einlagenkategorien; täglich fällige Einlagen).

Die Gliederung nach Ursprungslaufzeit und Kündigungsfrist erfolgt gemäß den in Anhang II Teil 2 der Verordnung EZB/2008/32 bzw. in den Richtlinien zur Monatlichen Bilanzstatistik, Allgemeiner Teil festgelegten Definitionen. Für alle Instrumentenkategorien der Bestände – außer für Repogeschäfte – ist eine Gliederung nach der Ursprungslaufzeit vorgegeben (vgl. Schema ZA). Beim Neugeschäft sind die Einlagen nach Ursprungslaufzeit beziehungsweise nach Kündigungsfrist zu gliedern. Die Zinssätze für das Kreditneugeschäft sind nach der anfänglichen Zinsbindung zu klassifizieren (vgl. Schema ZB). Für Zwecke der Zinsstatistik ist der Zeitraum der anfänglichen Zinsbindung definiert als der zu Beginn des Vertrags im Voraus festgelegte Zeitraum, währenddem der Zinssatz festgeschrieben ist. Der Zeitraum der anfänglichen Zinsbindung kann kürzer als die Ursprungslaufzeit sein oder dieser entsprechen.

Die Höhe des Zinssatzes wird nur dann als unveränderlich angesehen, wenn sie mit einem bestimmten Wert (zum Beispiel 6 %) oder als Unterschiedsbetrag zu einem Referenzzinssatz bezogen auf einen bestimmten vorab definierten Zeitpunkt (zum Beispiel 6-Monats-EURIBOR-Satz am 31.12.2002 plus 2 %) festgelegt wurde. Wird allerdings zu Beginn eines Vertrags eine Regelung vereinbart, wie etwa „6-Monats-EURIBOR-Satz plus 2 % für drei Jahre“, so ist dies nicht als

eine anfängliche Zinsbindung anzusehen, da sich die Höhe des Zinssatzes (in Abhängigkeit vom Referenzzinssatz) innerhalb der drei Jahre ändern kann.¹⁵

Die Statistik über das Neugeschäft spiegelt nur den Zinssatz wider, der für den Zeitraum der anfänglichen Zinsbindung zu Beginn des Vertrags oder im Rahmen einer Neuverhandlung des Kredits vereinbart wurde. Geht der Zinssatz nach der anfänglichen Zinsbindung automatisch (wie vorab vereinbart) in einen variablen Zinssatz über, so ist das Geschäft zu diesem Zeitpunkt nicht erneut als Neugeschäft auszuweisen, sondern nur in die Berechnung der Zinssätze für die Bestände einzubeziehen.

Im **Neugeschäft** sind **Kredite** an private Haushalte, für die keine Zinsbindung, also eine **variable Verzinsung** vereinbart wurde, im Fristenfächer **Kredite mit anfänglicher Zinsbindung variabel oder bis 1 Jahr** zu erfassen. Derartige Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften sind dagegen entsprechend ihres Betrags im Fristenfächer **Kredite mit anfänglicher Zinsbindung variabel oder bis 3 Monate** zu erfassen. Darüber hinaus werden Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit einer anfänglichen Zinsbindung von bis zu einem Jahr in Verbindung mit einer Ursprunglaufzeit von über einem Jahr (Positionen 80 bis 85 des Schemas ZB) separat erfasst.

f) Gliederung nach durch Sicherheiten und/oder Garantien besicherten Krediten

[wird ergänzt und auf der Internetseite der Deutschen Bundesbank bereit gestellt¹⁶]

5. Behandlung ausgewählter spezifischer Produkte

a) Staffelzinsprodukte

Bei Staffelzinsprodukten handelt es sich vorwiegend um Einlagen und Kredite mit einer festen Laufzeit. Die Zinssätze und andere Modalitäten werden bereits bei Unterzeichnung des Vertrags (zum Zeitpunkt t_0) für die gesamte Laufzeit festgelegt. Staffelzinsverträge sind dadurch gekennzeichnet, dass Zinssätze gewährt beziehungsweise erhoben werden, die sich während der Vertragslaufzeit um eine im Voraus festgelegte Anzahl von Prozentpunkten erhöhen beziehungsweise verringern.

Beispiel 5: Ermittlung des Zinssatzes für Staffelzinsprodukte

Bei Staffelzinsprodukten empfiehlt es sich, die Ermittlung des Zinssatzes auf der Basis des eng definierten Effektivzinssatzes vorzunehmen, da auf diese Weise die „Zinsstufen“ periodengerecht berücksichtigt werden. Behelfsweise kann der Zinssatz aber auch als geometrisches Mittel gemäß dem nachstehenden Beispiel als „quasi“ annualisierter vereinbarter Jahreszinssatz berechnet werden.

Ein Beispiel für ein Staffelzinsprodukt ist eine Einlage mit einer vereinbarten Laufzeit von vier Jahren, auf die im ersten Jahr 5 %, im zweiten 7 %, im dritten 9 % und im vierten Jahr 13 % Zinsen bezahlt werden.

¹⁵ Siehe dazu die Definition des Neugeschäfts in II. Erläuterungen zum Berichtssystem, 2. c) Zinssätze und Volumina für das Neugeschäft.

¹⁶ Siehe http://www.bundesbank.de/meldewesen/mw_bankenstatistik_ezbverordnung.php.

Der annualisierte vereinbarte Jahreszinssatz für das Neugeschäft, der zum Zeitpunkt t_0 in die Zinsstatistik einbezogen wird, ist das geometrische Mittel der Faktoren „1+Zinssatz“ minus 1 und somit:

$$x = (1,05 \cdot 1,07 \cdot 1,09 \cdot 1,13)^{\frac{1}{4}} - 1 = 0,08459976 = 8,4600\%.$$

Der annualisierte vereinbarte Jahreszinssatz für die Bestände, der vom Zeitpunkt t_0 bis t_3 ermittelt wird, ist der vom Berichtspflichtigen angewandte Zinssatz zum Zeitpunkt der Berechnung des Zinssatzes, das heißt 5 % in t_0 , 7 % in t_1 , 9 % in t_2 und 13 % in t_3 .

b) Rahmenvertrag

Ein Rahmenvertrag ermöglicht es einem Kunden, mehrere Kreditkonten(arten) bis zu einem bestimmten Höchstbetrag in Anspruch zu nehmen, der für alle Konten zusammen gilt. Zum Zeitpunkt des Abschlusses eines solchen Rahmenvertrags werden die Form, die der Kredit zum Zeitpunkt der Inanspruchnahme haben wird und/oder der Zeitpunkt, zu dem der Kredit in Anspruch genommen wird und/ oder der Zinssatz nicht festgelegt, sondern nur ein Spektrum von Möglichkeiten vereinbart. Solche Rahmenverträge sind nicht in die Zinsstatistik einzubeziehen. Sobald jedoch ein unter einem Rahmenvertrag vereinbarter Kredit in Anspruch genommen wird, ist dieser als Neugeschäft in Höhe des tatsächlich in Anspruch genommenen Betrags zu erfassen beziehungsweise bei den Beständen zu berücksichtigen. Die Behandlung des Kredits in der Statistik über das Neugeschäft hängt von der Art des Kontos ab, das der Kunde für die Inanspruchnahme des Kredits wählt.

c) Spareinlagen/Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist mit Basiszins plus Treue- und/ oder Wachstumsprämie

Spareinlagen/Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist können mit einem Basiszins plus einer Treue- und/oder einer Wachstumsprämie verbunden werden. Zum Zeitpunkt, zu dem die Einlage getätigt wird, ist nicht sicher, ob die Prämie gezahlt wird oder nicht. Die Zahlung kann vom künftigen, nicht bekannten Sparverhalten des privaten Haushalts oder der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaft abhängen. Solche Treue- oder Wachstumsprämien, die für den privaten Haushalt oder die nichtfinanzielle Kapitalgesellschaft zum Zeitpunkt der Platzierung der Einlage ungewiss sind, sind solange nicht in die Zinsstatistik zu berücksichtigen, bis eine solche Treue- oder Wachstumsprämie vom Berichtspflichtigen tatsächlich gewährt wird (Position 05 bzw. 06 des Schemas ZB).

d) Kredite mit verbundenen Derivatekontrakten

Privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften können Produkte in Verbindung mit Derivatekontrakten, das heißt mit einem Zins-Swap beziehungsweise einer Zinsober- oder -untergrenze usw., angeboten werden. Die verbundenen Derivatekontrakte sind nicht in das Neugeschäft einzubeziehen. In Bezug auf die Bestände gilt, dass stets jene Zinssätze zu erfassen sind, die zum Zeitpunkt der Berechnung vom Berichtspflichtigen angewandt werden. Wird ein solcher Derivatekontrakt realisiert, so geht der Zinssatz, der dem privaten Haushalt oder der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaft vom Berichtspflichtigen in Rechnung gestellt wird, in die Statistik für die Bestände ein.

e) Einlagen mit fest und variabel verzinslicher Komponente

Es können Einlagen angeboten werden, die zwei Komponenten beinhalten: eine Einlage mit vereinbarter Laufzeit, für die ein fester Zinssatz gewährt wird, und ein derivatives Element mit einer Verzinsung, die z. B. von der Entwicklung eines vorgegebenen Aktienindex, eines Geldmarktsatzes oder eines bilateralen Wechselkurses abhängt. Das derivative Element beinhaltet in der Regel eine Mindestverzinsung in Höhe von z. B. 0 %. Die Laufzeit beider Komponenten kann gleich oder verschieden sein. Als Neugeschäft ist der Zinssatz für die Einlage mit vereinbarter Laufzeit und festem Zinssatz zu erfassen, da dieser die zwischen dem Einleger und dem Berichtspflichtigen getroffene Vereinbarung widerspiegelt und zum Zeitpunkt der Platzierung der Mittel bekannt ist. Die mit der Entwicklung eines z. B. Aktienindex oder bilateralen Wechselkurses verknüpfte Verzinsung der zweiten Einlagenkomponente ergibt sich erst im Nachhinein, wenn das Produkt fällig wird, und kann daher im Rahmen des Neugeschäfts nicht berücksichtigt werden. In das Neugeschäft ist für diese Komponente lediglich die Mindestverzinsung in Höhe von 0 % einzubeziehen. Die Bestände umfassen stets die vom Berichtspflichtigen zum Zeitpunkt der Berechnung der Zinssätze angewandten Zinssätze. Bis zum Tag der Fälligkeit wird der Zinssatz der Einlage mit vereinbarter Laufzeit sowie die garantierte Mindestverzinsung des derivativen Elements einbezogen. Die tatsächliche Verzinsung des derivativen Elements spiegelt sich in den Beständen erst bei dessen Fälligkeit wider.

f) Pensionssparkonten

Einlagen mit einer Laufzeit von über zwei Jahren können Pensionssparkonten beinhalten. Die darauf eingezahlten Pensionsspargelder werden in erster Linie in Wertpapieren angelegt. Der verbleibende Teil der Pensionsspargelder wird in liquiden Mitteln vorgehalten, deren Zinssatz vom Berichtspflichtigen in gleicher Weise wie für andere Einlagen festgelegt wird. Zum Zeitpunkt der Platzierung der Einlage wird zwischen dem privaten Haushalt und dem Berichtspflichtigen kein Zinssatz für den in Wertpapiere investierten Teil der Gelder vereinbart, sondern nur für den verbleibenden Teil der Einlage. Daher ist nur der Teil der Einlage, der nicht in Wertpapieren investiert ist, in die Zinsstatistik einzubeziehen. Der zu meldende Zinssatz für das Neugeschäft ist der zum Zeitpunkt der Platzierung der Einlage für den Einlagenteil zwischen dem privaten Haushalt und dem Berichtspflichtigen vereinbarte Zinssatz. Der Zinssatz für die Bestände ist der zum Zeitpunkt der Berechnung des Zinssatzes vom Berichtspflichtigen auf den Einlagenteil der Pensionssparkonten gewährte Zinssatz.

g) Bausparverträge

Bausparverträge beinhalten langfristige niedrig verzinsliche Sparpläne, durch die der private Haushalt oder die nichtfinanzielle Kapitalgesellschaft nach einer gewissen Ansparzeit das Recht auf Inanspruchnahme eines Wohnungsbaukredits beziehungsweise Baudarlehens zu einem vergleichsweise niedrigen Zinssatz erwirbt. Gemäß Anhang II Teil 2 der Verordnung EZB/2008/32 sind diese Sparpläne als **Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von über zwei Jahren** zu klassifizieren, solange sie als Einlage genutzt werden. Sobald sie in ein Darlehen umgewandelt werden, werden sie als **Wohnungsbaukredite an private Haushalte oder Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften** eingestuft. Im Einlagenneugeschäft melden die Berichtspflichtigen den Zinssatz, der zum Zeitpunkt der erstmaligen Platzierung der Einlage vereinbart wurde. Das Neugeschäftsvolumen entspricht dabei dem Betrag der platzierten Gelder. Die Zunahme dieses Einlagenvolumens über die Zeit auf Grund der Sparleistungen wird ausschließlich über die Meldungen für die Bestände erfasst. Zu dem Zeitpunkt, zu dem die Einlage in ein Darlehen umgewandelt wird, ist dieser neue Kredit als Neugeschäft mit dem privaten

Haushalt oder der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaft zu melden. Dabei ist der vom Berichtspflichtigen angebotene Zinssatz sowie der zugehörige eingeräumte Gesamtkreditbetrag anzugeben.